



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/66 - 21. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 885 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Dehler - Mends - von Brentano

45

Reden und Reisen

2 - 4

Wer kümmert sich ernsthaft um die Baupreise ?

122

Bestimmt nicht die Bundesregierung!

Von Dr. Julius Brocht, MdB

5

Warten - auf was ?

58

Der Kreuzzug nach Europa

Nach der EWG-Konferenz in Luxemburg

Von einem diplomatischen Mitarbeiter

6 - 7

Černuščíková und die Bürokratie

82

Aufschlussreiche Diskussionen im Zentralkomitee

Von Rudolf Hornig

* * *

* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel



Dehler - Mende - von Brentano

Reden und Reisen

sp - Die "Affäre Dehler" ist jetzt erledigt. So jedenfalls haben die noch in der vergangenen Woche sehr aufgeregten CDU-Parlamentarier - im Verein mit dem Ältestenrat des Bundestages - die Öffentlichkeit wissen lassen. Inzwischen hat auch Herr Dehlers Parteivorsitzender, der würdige Herr Erich Mende, mit der ihm eigenen Überzeugungskraft erklärt, Dehler könne nicht behaupten, die Meinung der FDP zu vertreten. Dagegen lässt Herr Dehler jeden, der es wissen will oder nicht, hören, die Mehrheit seiner Partei und seiner Fraktion stehe hinter ihm. Ausserdem - so Herr Dehler - erhalte er jeden Tag aus dem ganzen Bundesgebiet zustimmende Briefe und sogar zustimmende Beschlüsse von FDP-Organisationen.

Das Bild der FDP ist also etwas verwackelt, und sogar die drei Propagandisten, die Herrn Erich Mende nach den USA begleiten, haben nicht vermocht, die angeblich "beherrschende Stellung ihres Parteivorsitzenden in der FDP" so darzustellen, dass die amerikanischen Gesprächspartner von der "inneren und äusseren Geschlossenheit dieser Partei" überzeugt sein dürfen.

Inzwischen redet Herr Erich Mende in den Vereinigten Staaten. Er redet viel und laut, was nicht verwunderlich ist. Als "grossen Erfolg" buchte er für sich das schallende Gelächter amerikanischer Gesprächspartner, als er die grossartige Verhandlungstaktik des Bundeskanzlers lobte. Dass Herr Mende ausgelacht wurde, hat er wahrscheinlich nicht gemerkt, was möglicherweise auf seine hervorragenden diplomatischen Eigenschaften zurückzuführen ist.

Jetzt scheint es aber dem Koalitionspartner CDU/CSU doch zu dunkel zu werden. In Washington wurde bekannt - und zwar durch Herrn Mende und seine Begleiter selbst - der FDP-Vorsitzende habe in vertraulichen Gesprächen erklärt, es bestünden feste Koalitionsvereinbarungen, wonach Herr Bundeskanzler im Laufe dieser Legislaturperiode zurücktreten werde. Bescheiden meinte Herr Mende dazu noch, er wolle zwar nicht in den Vereinigten Staaten über innerdeutsche Angelegenheiten reden, aber das sei nun einmal so.

Im Auswärtigen Amt, im Bundeskanzleramt und bei der Führung der CDU/CSU sinnt man nun nach einem Mittel, um den vielredender Herr Erich Mende wieder auf den Teppich zu holen. Niemand scheint mehr geeignet zu sein, dieses Werk zu vollbringen, als der frühere Aussenminister und jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Heinrich von Brentano. Ihn wurde auferlegt, seine guten Beziehungen in den USA einzusetzen, um den verheerenden Eindruck zu beseitigen, der durch die Reden des Herrn Erich Mende entstanden ist.

Heinrich von Brentano wird also im April den Spuren des Koalitionspartners folgen und die Reise über den grossen Teich antreten. Wir wünschen ihm viel Glück bei diesen Unternehmungen, zumal Herrn Erich Mendes Begleiter in den USA unter anderem auch verkündet haben, ihr Chef spreche "stellvertretend für die ganze Koalition".

Wer kümmert sich ernsthaft um die Baupreise ?

Bestimmt nicht die Bundesregierung!

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Kaum war die Grosse Anfrage der SPD-Fraktion über die Baulandpreise und die Auswirkungen des Bundesbaugesetzes herab, da erschien in dem offiziellen Organ des Wohnungsbau-Ministeriums, im "Bundesbaublatt" ein zweifellos gesteuerter Artikel "Die Baulandpreise. Die einzelnen Maßnahmen des Bundesbaugesetzes sind noch vielfach unbekannt" von Peter Domus. Der Artikel, der von "der in allgemeinen erfreulichen Entwicklung auf dem Gebiete der Baulandpreise" spricht, meint zum Schluss, dass eine Gefahr von einer ganz anderen Seite her drohe, nämlich von den Baupreisen und von der "besorgniserregenden Erscheinung, dass ... bis Ende 1962 ein weiterer Preisanstieg befürchtet werden muss, wenn nichts Durchgreifendes geschieht".

Leidensweg einer notwendigen Intervention

Die SPD verniedlicht die Sorgen um die Baulandpreise und ihre weiteren Steigerungstendenzen keineswegs in der Weise, wie es hier geschieht, aber sie ist seit langen, seit Monaten schon der Meinung, dass eine für die Preisgestaltung verantwortliche Bundesregierung gegen den Herd der Baupreissteigerungen endlich etwas unternehmen müsse. Sie wartete und wartet seit der Regierungsbildung, dass endlich etwas eingeleitet werde. Aber wie auf zahlreichen anderen Gebieten geschah auch hier nichts.

Dann machte die SPD-Fraktion in den Beratungen des zuständigen Bundestagsausschusses, ferner durch mehrere Zusatzfragen in der Fragestunde. Die Tages- und Wirtschaftspresse griff daraufhin das Thema mehrfach auf. Die Bundesregierung tat sehr geheimnisvoll und erklärte, sie plane sehr einschneidende und harte Maßnahmen, aber diese dürften und könnten nicht vorzeitig bekanntgegeben werden. Nachdem wieder einige Wochen völlig ergebnislos und abwartend verstrichen, verstärkte die SPD ihre Mahnung, sie stellte zwar noch keine Grosse aber eine Kleine Anfrage im Bundestag, damit die Bundesregierung sich endlich entschliessen und handeln solle und nicht nur in Erwägungen stecken bleibe. Die Bundesregierung wich erneut dieser eindeutigen Aufgabe aus und bat in der Mitte Februar abgegebenen schriftlichen Antwort wiederum geheimnisvoll andeutend um Verständnis, dass über die vorbereiteten "weiteren Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Baupreise" noch keine Einzelheiten genannt werden können. Die SPD kritisierte sofort in einer deutlichen Presseerklärung dieses bedauerliche Versagen. Die Bundesregierung lancierte wiederum neue Ankündigungen von gewaltigen Eingriffen in die Presse, es wurde mehrfach angedeutet, dass die Entscheidung jetzt in einer Kabinettsitzung anhebe, dann wurde das wieder mit verschiedenen Gründen abge-

"Interministerieller Ausschuss" als Pflästerchen

Aber jetzt wird von allen Seiten mit Jubel und Fanfaren verkündet, dass auch der diesjährige neue Versuch, etwas gegen die Steigerung der Baupreise zu unternehmen, der vor allem vom Wohnungsbauminister Lücke aus betrieben wurde, auf die Seite gelegt ist. Es soll zwar als Pflästerchen ein interministerieller Ausschuss gebildet worden sein, der die Vorschläge nochmals (zum wievielten Male eigentlich?) prüfen soll. Es wird auf den bedauerlichen Unfall des Wohnungsbauministers hingewiesen, der seinen Plan auf diesem Gebiet nicht durchsetzen kann, es wird ziemlich deutlich gemacht, wie froh die leitenden Herren um Minister Erhard im Wirtschaftsministerium sind, dass auch dieses Mal die Marktwirtschaft mit dem marktwirtschaftlichen Spiel der Preise gegenüber den Tendenzen gewonnen habe, neue Einrichtungen mit Bewirtschaftungsfunktionen zu schaffen. Es wird gesagt, die liberalen Kräfte der FDP und in einem Teil der CDU hätten sich durchgesetzt.

Verspätete Schützenhilfe

Demgegenüber steht der alarmierende, geradezu beschwörende Artikel in der "Kölnen Rundschau", in der zur Schützenhilfe für Wohnungsbauminister Lücke aufgerufen und an das Initiativrecht des Parlaments appelliert wird, wobei starke Worte fallen, wie:

- * "Die Bundesregierung hat in den letzten zwölf
- * Jahren ihre Wahlkämpfe nicht unter dem Banner
- * der 'Marktwirtschaft' geführt und gewonnen,
- * sondern im Zeichen der 'sozialen Marktwirtschaft'.

Das ist fast genau so, wie es kürzlich in dem "Bundesbrautblatt" unter Sperrdruck geheißen hat:

- * "Wo lebenswichtige Interessen des einzelnen
- * und der Familie bedroht sind, kann man sich
- * nicht auf liberalwirtschaftliche Vorstellungen
- * gen des 19. Jahrhunderts zurückziehen."

In der Sache selbst ist es längst klar, dass eine Maßnahme, wie sie geplant war, für das Jahr 1962 und das in diesem Jahr zu bewältigende Bauvolumen schon jetzt viel zu spät käme und allein schon wegen der grossen Zahl der Überhangbauten frühestens zum Jahresende wirksam würde. Jetzt gibt es längst grosse Bestände an bereits vorzorglich eingeholten Baugenehmigungen. Es ist sicherlich auch grundsätzlich falsch, in erster Linie die Nachfrage nach Bauleistungen drücken zu wollen, wie dies ganz primitiv in jeder Zwangswirtschaft gemacht wird, statt rechtzeitig die Angebotsseite auszuweiten.

Es gibt Mittel zum Stopp der Baupreise

Wenn also auch die geplante Maßnahme aus vielen Gründen zu spät käme und wirtschaftspolitisch im Grunde falsch orientiert wäre - soll nun nach diesem Verfahrensfiasko gar nichts gegen das Steigen der Baupreise unternommen werden? Will die Regierung alles so laufen lassen? Will sie ohne alle Gegenwirkungen seelenruhig hinnehmen, was man im Wirtschaftsministerium für 1962 erwartet, dass die Baupreise wiederum um rund zehn Prozent steigen werden? Es gibt zweifellos für eine umfassende und planmäßige Wirtschaftspolitik auch noch zahlreiche andere Mittel, um gegen eine Preissteigerung vorzugehen als nur die primitive Methode der Reglementierung in Form zusätzlicher Genehmigungen. Wieviel Ansätze gibt es beispielsweise allein auf steuerlichem Gebiet, von einer schärferen Gewinnerfassung bis zur Einschränkung der in einer ganz anderen Zeit und zu anderen Zwecken ausgeweiteten Abschreibungsbegünstigung? Damit braucht man bei geschicktem Ansatz und kluger Dosierung keineswegs etwas gegen die Eigentumsförderung zu unternehmen, denn die grossen Abschreibungen liegen überhaupt ausserhalb der Eigentumsförderung!

Dieser Einwand wird ja immer nur vorgebracht, um überhaupt nichts tun zu müssen. Oder: ist die schwedische Form der steuerlichen Regelung für aufgeschobene Investitionen bei uns wirklich schon durchdacht worden? Das alles darf ja auch nicht nur auf den Wohnungsbau bezogen werden, sondern muss in erster Linie diejenigen bauwirtschaftlichen Investitionen treffen, wo die Herde der Preissteigerungen und der Überbeanspruchung sitzen.

Ablenkungsmanöver

Es sollte auch niemand kommen und demnächst verkünden, die Steigerung der Baupreise 1962 beruhe auf gestiegenen Lohnkosten, denn es kann ernsthaft nicht bestritten werden, dass die Preissteigerungen schon lange vorher eingetreten waren. Hier handelt es sich um Preissteigerungen, die nicht von den Kosten her bestimmt sind, sondern aus der Marktsituation und den preistreibenden Tendenzen, die sich marktwirtschaftlich in einer solchen Situation ergeben. Umso mehr muss gefordert werden, dass die Regierung die Dinge nicht einfach weitertreiben lassen darf. Sie trifft mit ihrem Zögern und Nichtstun in erster Linie ihre eigene Eigentumpolitik! Es gibt andere Wege, gegen die Baupreise vorzugehen als diejenigen, die bisher erwogen wurden und die jetzt abgeblasen sind und nicht verwirklicht werden. Aber die Regierung muss endlich handeln und nicht nur geheimnisvolle Ankündigungen und Versprechungen machen!

Warten - auf was ?

Der Kreuzweg nach Europa
Von einem diplomatischen Mitarbeiter

Als die Außenminister der sechs EWG-Staaten am Dienstag in Luxemburg nach vergeblichen Bemühungen, ein Statut über die politische Einigung der von ihnen vertretenen Länder zustande zu bringen, auseinander gingen, antwortete einer von ihnen auf die Frage eines Journalisten, wie es weitergehen solle: "Warten". Das "Warten" soll zunächst bis zum 17. April dauern. An diesem Tage will man in Paris erneut versuchen, die Einigungsformel zu finden.

Eines der schwierigsten Probleme, die auf dem Kreuzweg nach Europa liegen, ist die Abgrenzung zwischen einer europäischen politischen Union und den bestehenden europäischen Gemeinschaften. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass diese Gemeinschaften ein ausserordentlich starkes Eigengeheimnis mit einer noch stärkeren Bürokratie entwickeln konnten, die - naturgemäss - auf ihr Eigenleben nicht verzichten will. Hier machen sich die merkwürdigsten Einflüsse bemerkbar, die so weit gehen sollen, dass in einigen an der EWG beteiligten Staaten ernsthaft erwogen wird, die möglicherweise trotzdem zustandekommende politische Union ohne Einfluss auf die anderen europäischen Gemeinschaften zu lassen. Wenn das die "Kompromissformel" sein sollte, auf die man sich am 17. April einigen will, dann bleibt die politische Union ein Torso.

Natürlich gibt es auch noch andere Schwierigkeiten. In den Vereinigten Staaten hat man gewisse Wirtschaftsplanungen bereits in Richtung auf ein wirklich vereinigtes Europa der Sechse entwickelt. Die Bundesrepublik, Belgien und Italien befürworten diesen "Impuls", während man besonders in Frankreich gerade die amerikanische Intervention mehr oder weniger zurückweist. Die Gründe für das Verhalten Frankreichs sind noch nicht ganz klar. Einmal wird behauptet, Frankreich wolle in jedem Falle seine volle Handlungsfreiheit auch im Rahmen der EWG behalten; ein andermal, in Paris seien so lange zu europäischen Problemen keine Entscheidungen zu erwarten, bevor nicht die Situation in Algerien überschaubar ist. Hier spielt sowohl de Gaulles Vorstellung vom "Europa der Vaterländer" eine Rolle, wie auch die von der französischen Diplomatie ohne Zweifel angestrebte "neue Mittelmeerpolitik", deren Ziel es ist, Frankreich, Spanien, eine zukünftige nordafrikanische Union, Italien, Griechenland und möglicherweise auch Jugoslawien zu einer wirkungsvollen europäischen Südländer-Position - natürlich unter Führung von Frankreich - zu verhelfen.

Vielleicht kann Bundeskanzler Adenauer wenigstens in diesem Punkt bei seinem Freund de Gaulle eine klare Antwort erhalten ...

Chruschtschow und die Bürokratie

Von Rudolf Hornig

Just an gleichen Tage, an dem die Moskauer deutsche Zeitung "Neues Leben" den Abschluss der "historischen Plenartagung des ZK der KPdSU" meldete, brachte sie auf ihrer zweiten Seite einen sehr kleinen, aber umso aufschlussreicheren Bericht über die Tätigkeit der agrarischen Bürokratie. Der Bericht unter dem Titel "Wer leitet eigentlich?" stammt aus dem Rayon Martuk im sibirischen Gebiet Aktjubinsk. Der Korrespondent A. Quindt, demnach ein Sowjetdeutscher, berichtet:

Zuviel Ämter und Instanzen

"In den Rayonzentren, darunter auch in unseren, gibt es bisher allzuviel verschiedene Ämter und Instanzen, die sich mit Landwirtschaft befassen. Da gibt es den Rayonsowjet als Ganzes und die Abteilung Selchostekhnika, die Rayonplankommission und die Abteilung der Zentralen Statistischen Verwaltung, die Abteilung Bodenbewirtschaftung, das Laboratorium für Saatprüfung, die Viehbeschaffungsstelle usw. usf. Mehr als 300 Personen befassen sich mit der Landwirtschaft, haben mit ihr zu tun, aber eine richtige, konkrete Leitung fehlt häufig. Alle sind 'verantwortlich', und niemand trägt die Verantwortung, alle 'kümmern sich', doch niemand ist 'bekümmert'. Im Rayon gibt es kein einheitliches Organ, das die Landwirtschaft wirklich leitet, den Feldbau und die Viehzucht verantworten würde, das sowohl die moralische als auch die materielle Verantwortung für die Lage im Dorfe trägt."

"Niemand kümmert sich um Mängel"

Der Rayon Martuk dürfte viele Ebenbilder in der UdSSR haben, denn als Ergebnis der Debatte bei der Moskauer Plenartagung wird u.a. in der Presse des Sowjetblocks hervorgehoben:

"Nicht mehr nach Gesamtziffern, sondern viel genauer als bisher sollen die Leistungen der einzelnen Republiken, Gebiete, Kreise und Rayons in Zukunft gewertet werden. Hinter den Gesamtangaben verbergen sich oft sehr schlechte Leistungen nachrückender Sowchosen und Kolchosen. Das verleitete (!) dazu, dass sich niemand mehr um die Mängel in diesen Wirtschaftseinheiten kümmerte, denn die Republik, der Kreis usw. hatte ja den Gesamtplan erfüllt oder sogar überschritten."

Papierkrieg

In der Debatte, die als "äusserst rege, oftmals sehr scharf geführt" bezeichnet wird, kamen noch andere schwerwiegende Unzulänglichkeiten zutage. So wurden beim Kapitel "Maschinenreparaturen" die organisatorischen Mängel, vor allem der Papierkrieg, sehr stark kritisiert. Manche Institutionen fürchten einen Papierkrieg, statt die Produktion auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften und Erfahrungen zu organisieren. Um diesen Übelstand abzuwenden, musste eine eigene Kommission unter Vorsitz Chruschtschows gebildet werden, die - wieder nur einen Beschluss über die "zufriedenstellende Regelung" der Reparaturen und der Herstellung von Ersatzteilen zustandebrachte und so praktisch den Papierkrieg fortsetzte.

"Grundsätzlicher Umschwung"

Obwohl Chruschtschow nach Abschluss der Plenartagung das Vorhandensein einer Agrarkrise lebhaft bestritt, kann man jetzt in der sowjetischen Presse nachlesen, dass ein "grundsätzlicher Umschwung" in der Agrarproduktion erwartet wird. Und zwar als Ergebnis einer Reihe von "organisatorischen Massnahmen". Für die einzelnen klimatischen Zonen dürften, so heisst es, verschiedene Normen festgesetzt werden, welche die für einen Meterzentner der einzelnen Produkte erforderlichen Arbeitsmengen festsetzen. Es sei vorgeschlagen worden, bei diesen Normen von den Leistungen der "besten" Staatsgüter und Genossenschaften auszugehen. Kaum geplant, hat somit diese Sache bereits den Wurm im Leibe, denn zwischen den Leistungen der besten Kolchosen und Sowchosen und den schlechtesten der gleichen klimatischen Zone klaffen heute Unterschiede, die sich vielleicht erst nach Jahren ausgleichen lassen.

USA als Beispiel

Auch von Schnarotzerkrankheiten war die Rede, mit denen demnach die Sowjetunion weiter zu kämpfen hat. Man hatte den 83jährigen Wissenschaftler Konstantin Skryabin aufgedeckt, damit er einen Ausweg weise. Er konnte der Plenartagung mitteilen, dass ein ausgearbeitetes System von tierärztlicher und vorbeugenden Massnahmen vorliege, mit dem man die verbreitetsten Schnarotzerkrankheiten in der Sowjetunion bis zum Jahre 1965 ausmerzen kann, so vor allem die Drehkrankheit bei Schafen. Das System liegt vor, der Termin ist gesetzt - man wird doch da sehen, pflegt man in Österreich zu sagen. Denn auch bei den Schweinebeständen waren diese 1960 in der UdSSR grösser als in den USA, aber dort hat man, wie in der Moskauer Plenardebatte festgestellt wurde, um die Hälfte mehr Schweinefleisch erzeugt als in der Sowjetunion.

Chruschtschow scheint es, wie gesagt, wirklich nicht leicht zu haben, dass in der UdSSR so vieles anders ausfällt, als es geplant und in ein System gebracht wurde....